

# Potsdams] *andere* [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2017

Nr. 03 · 13. Jahrgang

## LINKS wirkt: Mehr Geld für die Kitas

Haushalt beschlossen: Stadt geht ab September in Vorleistung für mehr Kita-Personal

Es ist ein großer Erfolg für die Elterninitiative, ein erster Schritt zur Entlastung von ErzieherInnen und zur Verbesserung der Betreuungssituation vor allem in den Randzeiten: Beginnend mit dem neuen Kitajahr gibt die Stadt jährlich 1,5 Mio € mehr für die Personalausstattung der Potsdamer Kitas aus. Konkret gewinnen wir damit ca. 40min mehr Betreuungszeit täglich für die Kinder, die länger als 8 Stunden die Kita besuchen, in Potsdam ca. 40%.

Und dieser Erfolg ist vor allem dem hartnäckigen Druck der LINKEN zu verdanken. Immer wieder hatten die Verwaltung und Vertreter der anderen Fraktionen erklärt, die Finanzierung des Kita-Personals sei alleinige Landesaufgabe. Immerhin - der Auftrag an die Verwaltung zur Kostenermittlung im September 2016 erging noch fraktionsübergreifend. Konsequenzen aus den Erkenntnissen aber wollte nur DIE LINKE ziehen. Denn die Fakten sprechen eine andere Sprache. Auch aktuell finanziert das Land auf Basis der



Auch das wirkt: Der RBB-Robur auf der Diskussionsrunde vor der Kita „Waldhaus“ in Bornstedt – DIE LINKE war dabei.

geltenden Rechtslage nur ca. 50% der Personalkosten. Auch bei einer Anpassung der Finanzierung an den tatsächlichen Personalbedarf müsste die Stadt also einen Eigenanteil beitragen. Diesen haben wir letztlich erfolgreich eingefordert.

Auch wenn dies die größte Entlastung

im Kita-Bereich seit Jahren ist - es bleibt nur ein erster Schritt. Zur vollständigen Schließung der „Betreuungslücke“ wären noch einmal ca 41 Mio. € zusätzlich erforderlich. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Und da muss auch das Land mit ins Boot. Wir bleiben dran!

## Glückwünsche zum Internationalen Frauentag

Frauen kämpfen seit Jahrhunderten für ihre Rechte: bessere Arbeitsbedingungen, gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit und die Gleichstellung der Frau! Immer mehr Frauen sind berufstätig, leider oft unter prekären Bedingungen: für niedrigste Löhne, in unfreiwilliger Teilzeit, befristet oder in Minijobs. Ein Job allein reicht oft zum Leben nicht mehr aus! Das ist ein Skandal! Wir brauchen dringend gute und gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen für Frauen und Männer!

Der Kampf der Frauen um ihre Rechte geht heute weiter und wird jährlich am 8. März weltweit besonders gefeiert und bekräftigt! Seit mehr als 100 Jahren fordern



sie an diesem Internationalen Frauentag Gleichberechtigung und machen auf die

nach wie vor bestehenden Ungleichheiten und Benachteiligungen von Frauen aufmerksam.

Heute ist der 8. März in Angola, Armenien, Aserbaidschan, Burkina Faso, Eritrea, Georgien, Guinea-Bissau, Kasachstan, Kambodscha, Kirgisistan, Laos, Madagaskar, Moldawien, in der Mongolei, in Nepal, Russland, Sambia, Serbien, Tadschikistan, Turkmenistan, Uganda, in der Ukraine, in Usbekistan, Vietnam und Weißrussland ein gesetzlicher Feiertag. In der VR China ist der Nachmittag für Frauen arbeitsfrei.

Wir beglückwünschen alle unsere Leserinnen zum Frauentag 2017!

Die Redaktion

## In dieser Ausgabe

### LINKS informiert

**2** Gedenken an John Schehr und Genossen/Kalenderblätter März

### LINKS im Parlament

**3** Norbert Müller (MdB) zu „Keine Waffen in Kinderhänden“/Landeswahlkampfleiter Thomas Nord „20% - das ist drin!“

### LINKS im Rathaus

**4** xxxxxxxxxxx

### ANTIFA

**5** Antifaschist Günter Pappenheim hoch geehrt/Nauen-Prozess: Wichtiges Zeichen/Gedenken an Guernica

### LINKS in unserer Stadt

**6** Ich war auf der Bundesversammlung/Neumitgliedertreffen/Kein Adenauerplatz in Potsdam/Start Bütgerhaushalt

### POTSDAMER ALLERLEI

**8** Baden in Potsdam/Veranstaltungen/Rätsel/Spendenaufruf

## Gesucht wird: Ein Slogan für den Bundestagswahlkampf 2017

Was ist eine Bundestagswahl ohne humorvolle, zugespitzte und aussagekräftige Botschaften? Wir setzen auf die kreative Kraft der Vielen und rufen deshalb auf zu einem Wettbewerb um den besten Slogan für den Bundestagswahlkampf 2017. Sowohl der Gewinner-Slogan als auch andere Slogans werden in unserer Wahlkampagne Verwendung finden und auf Plakaten, in Flyern, auf der Website und in Social Media, in Zeitungen genutzt werden.

## Informationen der Redaktion

Die April-Ausgabe von „Potsdams andere Seiten“ erscheint am 4. April 2017. Redaktionsschluss ist am 22. März.

Die Redaktion

## John Schehr und Genossen

In jedem Jahr gedenken Antifaschisten aus Berlin, Potsdam und Teltow am Kilometerberg in Berlin-Wannsee (FOTO von 2017) der Ermordung von John Schehr, Eugen Schönhaar, Rudolf Schwarz und Erich Steinfurth. Die vier Kommunisten wurden Anfang Februar 1934 an dieser Stelle „auf der Flucht“ erschossen.

Der gelernte Schlosser John Schehr trat 1912 in die SPD und ein Jahr später in die Transportarbeitergewerkschaft ein. Im Jahre 1917 trat er der USPD und 1919 der KPD bei. Schehr wurde 1929 Mitglied des Zen-

tralkomitees der KPD – seit 1925 war er bereits Kandidat für das ZK – und 1932 Mitglied des Preußischen Landtags und von Juli des gleichen Jahres bis 1933 Mitglied des Reichstages. John Schehr nahm am 7. Februar 1933 an der geheimen Tagung des ZKs der KPD im Sporthaus Ziegenhals bei Berlin teil.

Im März 1933 wurde Ernst Thälmann, bis dahin Parteivorsitzender der KPD, im Rahmen der Repressionsmaßnahmen und Fahndungen nach dem Reichstagsbrand verhaftet. Daraufhin übertrug die Kom-

munistische Internationale den Parteivorsitz und somit die Leitung der im Untergrund arbeitenden KPD auf Thälmanns Stellvertreter John Schehr.

Schehr wurde am 13. November 1933 verhaftet und in das KZ Columbiahaus gebracht. Da er sich in Vernehmungen konsequent weigerte, Angaben über Personen und Ereignisse des konspirativen Kampfes zu machen, wurden John Schehr und seine drei Genossen in der Nacht vom 1. auf den 2. Februar 1934 am Berliner Kilometerberg „auf der Flucht erschossen“. Für die Ausführung des Mordes war der Polizeikommissar Bruno Sattler verantwortlich.

Noch im gleichen Jahr gedachte der Schriftsteller Erich Weinert mit seinem Gedicht John Schehr und Genossen des Meuchelmordes der Gestapo:

„Und schleppen sie in den dunklen Wald.  
Und zwölfmal knallt es und widerhallt.  
Da liegen sie mit erloschenem Blick,  
jeder drei Nahschüsse im Genick,  
John Schehr und Genossen.“



## KALENDERBLÄTTER MÄRZ

1812

### „Einländer“ in Preußen

Das „Edikt betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden im preußischen Staat“ erklärt am 11. März die brandenburgisch-preußischen Juden zu „Einländern“ und Staatsbürgern und stellt sie den Christen gleich

1932

### Freies Theater für „Erwerbslose“

Das Potsdamer Theater gibt für Erwerbslose am 15. März eine Freivorstellung; gezeigt wird die Komödie „Der Raub der Sabinen“. Da 500 Erwerbslose keinen Platz finden, wird die Vorstellung am 21. 03. wiederholt.

1942

### Jüdisches Eigentum versteigert

Das persönliche Eigentum der jüdischen Familie Theodor und Helene Dornbusch wird am 3. März versteigert. Am 13. 01. 1942 waren sie in das Ghetto Riga verschleppt worden. Dort hatte das Ehepaar am 24. 01. gemeinsamen Selbstmord begangen.

1947

### VVN für Provinz Brandenburg gegründet

An der Gründungsversammlung der Vereinigung für die Verfolgten des Naziregimes (VVN) für die Provinz Mark Brandenburg in Potsdam nehmen am 24. März 400 Delegierte teil. Ottomar Geschke, Vorsitzender der VVN für die SBZ, unterstreicht in seinem Referat: „...Die Frauen und Männer, die sich in der VVN zusammenschließen, dürfen und werden nicht zulassen, daß die kapitalistischen Kreise, die das Hitlersystem großgezogen haben, mit scheindemokratischer Fassung neuen Einfluß und Macht gewinnen... Die waffenlosen Kämpfer, die in den KZ starben, bieten das Ideal höchsten Menschentums und Beispiele eines Einsatzes und einer Standhaftigkeit...“ („Märkische Volksstimme“, 28. 03. 1947)

1947

### Frauentagskundgebung

Die Industriegewerkschaft öffentliche Betriebe und Verwaltungen führt aus Anlass des Internationalen Frauentages am 8. März eine Kundgebung durch, an der 500 Frauen teilnehmen. Die Versammlung beschließt eine Resolution, in der sie die Gründung des Demokratischen Frauenbundes Deutschland (DFD) begrüßen (07. – 09. 03. 1947 in Berlin)

1967

### „Vietnam liegt nebenan“

Die Organisation für afro-asiatische Völkersolidarität führt vom 13. bis zum 19. März die „Woche der Solidarität“ durch. Als Auftakt dieser Woche bringt das Hans-Otto-Theater im Kleinen Theater am Alten Markt die dritte Vietnam-Sonderveranstaltung unter dem Thema „Vietnam liegt nebenan“. Es ist ein musikalisch-literarisches Programm mit Lyrik von bedeutenden Dichtern verschiedener Länder. -rt

1982

### Gedenken an Konrad Wolf

Im DEFA-70 Kino findet am 16. März eine Gedenkveranstaltung für Konrad Wolf statt. Die Schauspieler Jaecki Schwarz und Gerry Wolff lesen aus Reden und Aufsätzen von Konrad Wolf.

1987

### Ausgezeichnet

Die Kleingartensparte „Nuthstrand II“ wird am 22. März durch Dr. Ulrich Mohr, Mitglied des Friedensrats der DDR, mit der Verdienstplakette des Friedensrats der DDR ausgezeichnet.

### IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; Sascha Krämer, Vorsitzender. Zepelinstraße 7, 14471 Potsdam.

REDAKTION: medienpunkt potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam Bernd Martin (V.i.S.d.P.); H. Jo. Eggstein, Layout; Renate Frenz, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net;

ANZEIGEN: Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00

„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

## Keine Waffen in Kinderhänden

Studie bestärkt linke Forderung nach Exportverbot

Die Bundesrepublik Deutschland rühmt sich gerne mit ihrer Beteiligung an Maßnahmen zur Demobilisierung von KindersoldatInnen. Die neue Studie „Kleinwaffen in Kinderhänden“, die im Auftrag des Deutschen Bündnis Kindersoldaten erstellt wurde, zeigt nun: Gerade deutsche Waffen werden besonders häufig in bewaffneten Konflikten eingesetzt, in denen KindersoldatInnen eingesetzt werden.

In mindestens 20 Ländern werden zurzeit Kinder, das heißt Jungen und Mädchen unter 18 Jahren, in bewaffneten Konflikten eingesetzt. Dafür verantwortlich sind in 20 Ländern nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und in acht Ländern staatliche Armeen. Laut Schätzungen liegt die Zahl der KindersoldatInnen seit Jahren stabil zwischen 250.000 und 300.000 Personen weltweit.

Bereits 1996 stellte ein UN-Bericht fest: „Der Einsatz von Kindern als Soldaten wurde durch die Verbreitung von billigen leichten Waffen erleichtert. Früher waren diese gefährlichen Waffen entweder zu schwer oder komplex zu bedienen, aber diese Waffen wiegen nun so wenig, dass Kinder sie benutzen können, und sind so einfach, dass sie von einem zehnjährigen Kind auseinander und wieder zusammengebaut werden können. Der internationale Waffenhandel hat die Sturmgewehre erschwinglich und verfügbar gemacht, so

dass nun auch die ärmsten Gemeinschaften Zugang zu diesen tödlichen Waffen haben, die jeden lokalen Konflikt in ein blutiges Massaker verwandeln können.“ Kleinwaffen sind bis heute die mit Abstand am häufigsten durch Kinder eingesetzten Waffen.

Auf diesen Zusammenhang wird die Bundesregierung seit Jahren durch NGOs und die Vereinten Nationen hingewiesen. So forderte der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes mehrmals von der Bundesregierung Vorkehrungen gegen Waffenexporte in Konfliktregionen zu treffen, in denen Kinder eingesetzt werden. Allen Beteuerungen, wonach die Bundesregierung eine sehr restriktive Rüstungsexportpolitik verfolge, zum Trotz: Deutschland ist und bleibt einer der wichtigsten Exporteure von Rüstungsgütern. Bei den Kleinwaffen ist Deutschland sogar die Nummer Zwei hinter den USA.

Besonders erschreckend ist dabei: Auch vor Lieferungen in Regionen, in denen KindersoldatInnen eingesetzt werden, schrecken die deutsche Rüstungsindustrie und die Bundesregierung nicht zurück. Die Wege sind dabei allerdings nicht immer ganz eindeutig. So lieferte die Bundesrepublik Deutschland in der Vergangenheit an Indien und Saudi-Arabien, die direkt an bewaffneten Konflikten, in denen KindersoldatInnen eingesetzt werden, beteiligt sind, bzw. waren. In anderen Fällen ist un-



UNSER MANN IM BUNDESTAG  
NORBERT MÜLLER DIE LINKE.

klar, wo die teilweise beträchtlichen Mengen an deutschen Waffen genau herkommen. Ein wichtiges Problem sind dabei sogenannte Lizenz-Produktionen. So erhielten beispielsweise für das G3-Gewehr seit 1961 17 Staaten Lizenzen zur Produktion. Dieses wird besonders zur Bewaffnung von KindersoldatInnen eingesetzt. Eine Endverbleibskontrolle ist dabei quasi unmöglich.

Die Studie macht eines deutlich: sind die Kleinwaffen erst mal exportiert, dann gibt es kaum eine Möglichkeit ihre weitere Verbreitung zu kontrollieren. Auf kurz oder lang landen sie so meist in Konflikten und Kriegen, in denen Kinder eingesetzt werden. Das heißt sie landen in Kinderhänden und sorgen dafür, dass Kinder zu Opfern und TäterInnen werden. Daher fordern wir, als Linksfraktion im Deutschen Bundestag einen sofortigen Stopp des Exportes von Kleinwaffen.

Quelle: Christopher Steinmetz: Deutsche Rüstungsexporte und Kindersoldaten. Kleinwaffen in Kinderhänden. 2017. Abrufbar unter: [gleft.de/1BF](http://gleft.de/1BF)

## KURZ UND KNAPP

### Wenn Trump brüllt, machen Merkel und Schäuble einen Kniefall

Beim Rückblick auf die Münchener Sicherheitskonferenz übte Katja Kipping scharfe Kritik an Bundesfinanzminister Schäuble, der eine Aufstockung der Militärausgaben für finanzierbar hält. Während die international verabredete Zielvorgabe, mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit aufzuwenden, seit Jahrzehnten verschleppt wird, ist die Bereitschaft Milliarden in die Aufrüstung zu stecken offensichtlich deutlich größer.

### US-Regierung nicht als Vorwand für europaweites Wett-rüsten nehmen

Nach der Münchner Sicherheitskonferenz wird in Europa um mehr Geld für Aufrüstung diskutiert. „Die Stärke Europas,“ so Bernd Riexinger, „muss in der gemeinsamen Anstrengung für eine Weltfriedensordnung liegen, und nicht in einer Militär-Triade Washington-Brüssel-Moskau.“ Und weiter: „Wir exportieren den Krieg und wundern uns im Gegenzug über Flüchtlingsströme. Das ist absurd.“

### Blackbox EZB öffnen

Durfte die Europäische Zentralbank (EZB) den griechischen Banken im Jahr 2015 den Geldhahn abgedrehen? Zu dieser Frage ließ die EZB ein Rechtsgutachten erstellen. Der EZB-Präsident Mario Draghi weigert sich bisher, dieses Gutachten zu veröffentlichen. Aus einem von der Linksfraktion im Europaparlament (GUE/NGL) erstellten Rechtsgutachten geht hervor, dass die EZB nicht dazu berechtigt ist.

### Regionalkonferenzen zu Wahlprogrammwurf abgeschlossen

Die vierte und letzte Regionalkonferenz zum Wahlprogramm-Entwurf „Sozial. Gerecht. Für alle.“ fand statt. Wo andere über Personen reden, reden wir über Vorschläge für eine sozial gerechte Gesellschaft. Konkret. Verbindend. Realistisch. Ein Programm-Entwurf mit Biss gegen die Super-Reichen und konsequent gegen Krieg und Rassismus. Die Regionalkonferenzen waren geprägt von guter Stimmung bei den vielen hundert Teilnehmenden, solidarischem Austausch über unsere Positionen und von vielen Vorschlägen für einen kämpferischen Wahlkampf: So kann es weiter gehen! Alle Infos zu Entwurf unseres Wahlprogramms gibt es hier: [www.die-linke.de/wahlprogramm2017](http://www.die-linke.de/wahlprogramm2017)

## Wahlwerkstatt zur Bundestagswahl 2017

DIE LINKE.  
BRANDENBURG

## Das ist drin: 20 Prozent in Brandenburg!

Der Termin der Bundestagswahl ist auf den 24. September 2017 festgelegt. Die Frage der Spitzenkandidatur ist für DIE LINKE entschieden und der Entwurf des Bundestagswahlkampfprogramms veröffentlicht. In der weiteren Zeitplanung gab es Regionalkonferenzen zur Verständigung darüber, für Brandenburg war das am 11. Februar 2017 in Leipzig. Im April wird der Entwurf des Wahlprogramms als Leitantrag veröffentlicht und im Juni auf einem Parteitag in Hannover verabschiedet.

Der Wahlkampf findet in aufgewühlten und unsicheren Zeiten statt. Die Wahl des

US-Präsidenten bestätigt einen nationalistischen, rassistischen und protektionistischen Trend. Er wurde schon im Brexit-Votum im Juni 2016 sichtbar. In den Niederlanden und Frankreich steht in Wahlen vor dem Sommer ein Rechtsrutsch bevor. Ein Hang zum nationalistischen und rassistischen ist auch in Deutschland spürbar. Dagegen kämpft DIE LINKE mit aller Entschlossenheit an.

Sie steht zehn Jahre nach ihrer Gründung gut da und will am Wahltag ein zweistelliges Ergebnis erreichen. In Brandenburg wollen wir mit 20% dazu beitragen. Das

ist drin! Mit Kirsten Tackmann haben wir eine tolle Spitzenkandidatin aufgestellt. Am 25. März 2017 wollen wir uns nun mit einer Wahlwerkstatt im Potsdamer Kongresshotel inhaltlich auf den Wahlkampf vorbereiten: Themen. Trends. Positionen. Fakten. Forderungen. Werkzeuge.

Ich lade ALLE recht herzlich dazu ein, mit Euren Ideen und Tatkraft zu unserem Gelingen beizutragen. Eine starke LINKE macht den Unterschied.

Thomas Nord (MdB),  
Landeswahlkampfleiter



### Keine Bürgerinformation zur Abfahrt Zentrum Ost – so ist Bürgerbeteiligung unglaublich

Als Ende 2015 förmlich über Nacht die Abfahrtsstelle von der Nuthestraße in das Wohngebiet Zentrum Ost geschlossen worden ist, gab es massiven Protest von den Bewohnern. Die Linksfraktion konnte erreichen, dass in einer Einwohnerversammlung über die Verkehrssituation in Zentrum Ost informiert und diskutiert worden ist. Etwa 100 Zentrum-Ostler nahmen an dieser Versammlung teil. Alle Anwesenden sprachen sich dafür aus, dass die Abfahrtsstelle wieder eingerichtet werden sollte. Es gab massive Kritik an den Verkehrsbedingungen, insbesondere in der Lotte-Pulewka-Straße. Im Dezember vergangenen Jahres legte die Verwaltung in einer Mitteilungsvorlage ihre Schlussfolgerungen aus der Einwohnerversammlung vor. Darin spricht sich die Verwaltung gegen eine Wiedereröffnung der Abfahrtsstelle aus. Daraufhin hat sich die Linksfraktion mit einem Antrag dafür eingesetzt, dass die Vorbereitungen für die Wiederherstellung der Abfahrt getroffen werden sollen. Zudem haben wir gefordert, dass auch die Bewohner von Zentrum Ost in einer weiteren Einwohnerversammlung unmittelbar über das Ergebnis der Prüfung informiert werden. Nur so ist Bürgerbeteiligung glaubwürdig. Leider hat eine Mehrheit der Stadtverordneten selbst diese eigentlich selbstverständliche Bürgerinformation abgelehnt. Besonders befremdlich finde ich dabei das Agieren der Fraktion DIE Andere, die die Betroffenen verhöhnt, indem sie sich in einem Spaßantrag für die Schließung der Abfahrtsstelle bedankt, zugleich auch noch die Diskussion mit den Bürgern ablehnt. So ist Bürgerbeteiligung unglaublich.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Haushalt mit großer Mehrheit beschlossen

Als der Haushaltsentwurf für 2017 erarbeitet wurde, schien die Welt noch in Ordnung zu sein. Zu dem Zeitpunkt hat keiner erwartet, dass die bürgerliche Rathauskooperation so schnell an der Kungelei um Spitzenposten im Rathaus zerbrechen wird. Bis dahin hieß es immer wieder, dass die Stadt nur über ein solches Bündnis handlungsfähig wäre. Wir haben den Gegenbeweis angetreten.

Am 1. März ist der erste Haushalt mit wechselnden Mehrheiten beschlossen worden, unter Einschluss aller Fraktionen. Bekanntlich hat sich die Linksfraktion immer wieder für dieses Prinzip ausgesprochen, um keine Fraktion von den Entscheidungsprozessen auszuschließen. Man hatte den Eindruck, dass alle damit sehr zufrieden waren. Die Rahmenbedingungen für ein solches Vorgehen sind günstig. Potsdam hat durch steigende eigene Einnahmen und durch einen erheblichen Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen des Landes eine vergleichsweise komfortable Haushaltssituation.

Wir haben einen breiten Konsens zu den notwendigen Leistungen für die Bewältigung der Herausforderungen der wachsenden Stadt, insbesondere bei Schulen

und Kitas und bei der Verkehrsinfrastruktur. Voraussetzung war allerdings auch, dass jede Fraktion ihr Stück Mitverantwortung für das Ganze wahrnimmt und maßvoll agiert.

Die Linksfraktion hat sich insbesondere für konkrete Maßnahmen des sozialen Ausgleichs eingesetzt. Dazu gehört ein vereinfachtes, diskriminierungsfreies Verfahren für die Inanspruchnahme eines kostenlosen Mittagessens durch sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler, das ab September umgesetzt werden soll.

Dazu gehört auch ein kostenloses Frühstückangebot, das mit einem Modellversuch beginnend an 5 Potsdamer Schulen eingeführt werden soll.

Die Linksfraktion hat mit ihrem Engagement für eine Erhöhung der Betreuungsqualität in den Kitas durchgesetzt, dass in den Haushalt 2018/2019 zusätzlich 1,5 Millionen Euro eingestellt werden. Bereits in diesem Jahr sollen 500.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein großer Erfolg, den wir gemeinsam mit der Kita-Initiative für viele Eltern und Kinder erreichen konnten.

Die Freien Träger der Kultur, so der Fabrik e.V. oder das Collegium musicum, erhalten

deutlich mehr Zuwendungen, da sich letztlich alle Fraktionen für Erhöhungen eingesetzt haben. Aufgrund unseres Antrages wird in diesem Jahr endlich die Transparente Weltkugel, eine Plastik die bis vor wenigen Jahren vor der Bibliothek stand, wieder aufgestellt.

Nach der langen Diskussion um den Uferweg hinter dem Wasserwerk in der Leipziger Straße werden endlich die Feinplanungen durchgeführt. Die dafür notwendigen Mittel sind im Haushalt festgeschrieben.

Wir konnten weiter durchsetzen, dass das Niveau von IT und digitaler Bildung an den Potsdamer Schulen deutlich verbessert werden soll und dass die Werkstatt für Beteiligung mehr Mittel erhält, um dauerhaft arbeitsfähig zu sein.

Abgelehnt wurde unser Antrag, für eine Wiedereinführung des Kurzstreckentickets mit sechs Stationen wenn erforderlich aus dem Stadthaushalt Unterstützung zu geben.

Der Haushalt wurde mit großer Mehrheit beschlossen. Das ist gut für die Stadt und wäre unter den Bedingungen der Rathauskooperation nicht möglich gewesen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg*

## Sternstunde im Kulturausschuss

Das gab es bislang noch nie: alle Mitglieder im Ausschuss für Kultur stimmten fraktionsübergreifend den Anträgen der jeweils anderen Fraktionen zu. Damit kamen einstimmige Beschlussempfehlungen zu Stan-

de, die die Grundlage für den Finanzausschuss und damit für die Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung bildeten. „Das war wohl eine Sternstunde!“ war das Fazit nach der Abstimmung.

DIE LINKE hatte eine Reihe von Anträgen eingebracht. Prominent waren darunter Fabrik e.V. an der Schiffbauer Gasse. Besonders gefreut haben wir uns darüber, dass auch das Collegium musicum mit einem Zuschuss bedacht wurde, das sich wachsender Publikumszahlen erfreut und seit Jahren immer beliebter mit den Open-Air-Konzerten auf dem Weberplatz und den

Opernaufführungen in der Biosphäre ist. Wir waren nicht einverstanden damit, dass für das größte Laiensymphonieorchester Brandenburgs zunächst ein Finanzabzug vorgesehen war. Das konnten wir korrigieren.

Zugleich ist der Durchbruch bei der Finanzierung der Aufstellung der Plastik „Transparente Weltkugel“ (FOTO) gelungen. Der Standort war schon vor längerer Zeit einvernehmlich zwischen Marktcenter und den Gebäuden der Genossenschaft Karl Marx gefunden worden. Wir hoffen auch auf Sponsoren, die etwas für DDR-Kunst im öffentlichen Raum übrig haben.

Insgesamt konnten Anträge für die Kulturszene für 339 000 Euro an 18 Projekte genehmigt werden. Damit ist das Glas halb voll! Um für eine dauerhafte Sicherung von Kultureinrichtungen insbesondere auf der Schiffbauer Gasse zu sorgen, wird man in der Zukunft noch mehr tun müssen, um langfristige Perspektiven zu sichern.



## Potsdam-Museum auf Zuwachskurs

Das Potsdam-Museum hat nach der Eröffnung Barberini einen Besucherzuwachs erfahren. Das ist erfreulich und hält hoffentlich an. Es waren im Januar und Februar 8000 Besucher.

Auf Nachfrage konnte sich die Kulturbeigeordnete sogar vorstellen, die Dauerausstellung im Potsdam-Museum für alle

Besucher gratis zu gestalten. Das ist in vielen Ländern üblich und stärkt den Gedanken der kulturellen Bildung für alle.

Die LINKE hat beantragt, die Dauerausstellung zur Geschichte Potsdams für die Zeit von 1933 bis 45 sowie von 1945-1990 zu evaluieren. Dazu gab es Kritik, die sich sowohl auf die Ausstellungsinhalte als

auch auf die geringe Fläche für diese geschichtlichen Zeiträume in der Potsdamer Geschichte bezog. Forschungsergebnisse können sicher zur weiteren Qualifizierung der Darstellung dieser Phasen beitragen. Wir werden im Kulturausschuss darüber befinden.

*Dr. Karin Schröter*

## Nauen-Prozess: Wichtiges Signal gegen Rechtsterrorismus

Das Landgericht in Potsdam hat am 9. Februar 2017 die Urteile im Prozess wegen des Brandanschlags auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Nauen verkündet. Der Hauptangeklagte Neonazi Maik Schneider wurde zu acht Jahren Haft verurteilt. „Niemand, der rechte Gewalttaten verübt, kann in Brandenburg davon ausgehen, dass seine Taten ungesühnt bleiben. Das nun ergangene Urteil ist deshalb ein wichtiges Signal gegen Rechtsterrorismus“, sagte Andrea Johlige, Sprecherin für Asyl- und Flüchtlingspolitik der Landtagsfraktion. Auch unser Havelländer Bundestagsabgeordneter Harald Petzold hofft, dass das

Urteil eine abschreckende Wirkung hat: „Es zeugt von extremer Menschenverachtung, eine Sporthalle in Brand zu setzen, weil darin Menschen untergebracht werden sollen, die vor Terror, Krieg und einem menschenunwürdigen Leben geflohen sind. Im letzten Jahr gab es über 1.000 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte - bewohnt und unbewohnt - davon allein in Brandenburg fast 67. Der NPD-Kader Maik Schneider und seine rechtsextremen Helfershelfer gehören zu denjenigen, die derartige Anschläge verüben. Sie brannten im August 2015 eine Sporthalle nieder, die als Unterkunft für Geflüchtete genutzt werden

sollte. Der Sachschaden für die Steuerzahler belief sich auf rund 3,5 Millionen Euro. Nun, knapp eineinhalb Jahre später, wurde er wegen dieser schweren Brandstiftung zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren verurteilt. Ich hoffe, dass dieses Urteil neben der Bestrafung Schneiders auch eine abschreckende Wirkung hat: unzählige Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler in Brandenburg kämpfen tagtäglich für ein Zusammenleben aller Menschen in Frieden, Freiheit und Solidarität. Es muss gezeigt werden, dass die Justiz auf ihrer Seite steht und feige, menschenverachtende Anschläge konsequent verfolgt werden.“

## Hohe Ehrung für Antifaschisten Günter Pappenheim

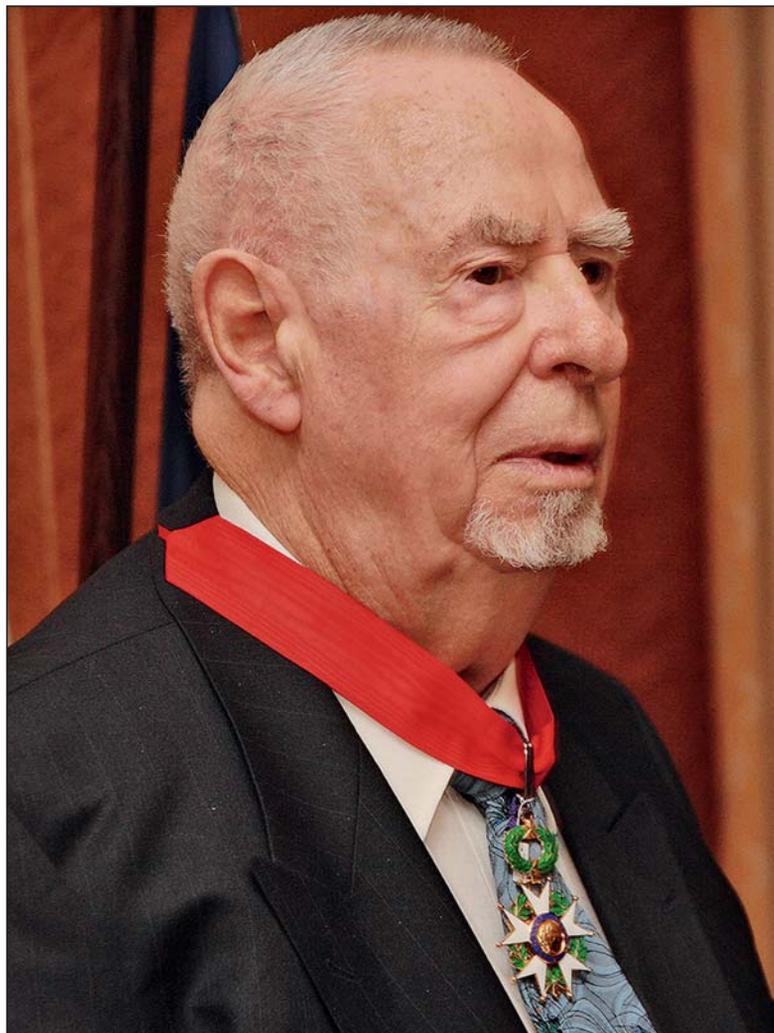
Günter Pappenheim, am 3. August 1925 in Schmalkalden als Sohn sozialdemokratischer Eltern geboren, wurde am 15. Oktober 1943 in das KZ Buchenwald deportiert – Häftlingsnummer 22514. Pappenheim erlebte am 11. April 1945 die Befreiung des KZ Buchenwald. Er nahm am 19. April an der Trauerkundgebung teil und war dabei, als auf dem Appellplatz der Schwur von Buchenwald geschworen wurde.

Zurück in Schmalkalden setzte er sich aktiv für die Vereinigung von SPD und KPD ein und wurde 1946 Mitglied der SED. Pappenheim gehörte unterschiedlichen Leitungen in der Partei an und war auch in der FDJ, dem FDGB und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes aktiv. Von 1966 bis 1971 war er Erster Sekretär der SED-Kreisleitung Luckenwalde. Von 1971 bis Januar 1974 war Pappenheim Vorsitzender des Rates des Bezirks Potsdam und Mitglied des Bezirkstages.

Am 27. Januar 2017 überreichte der Botschafter der Französischen Republik in Deutschland, Philippe Etienne, in Erfurt an den ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Buchenwald, Günter Pappenheim, die Insignien eines „Kommandeurs der Ehrenlegion“.

Die ranghöchste staatliche Auszeichnung Frankreichs erfolgte auf Erlass des Präsidenten der Französischen Republik. Gewürdigt wird damit das lebenslange völkerverbindende Engagement des einundneunzigjährigen Antifaschisten, der Vorsitzender der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora ist und Erster Vizepräsident des Internationalen Komitees Buchenwald - Dora und Kommandos sowie Mitglied des Ehrenpräsidiums der Fédération Internationale des Résistants (FIR).

In seinen Dankesworten unterstrich Gün-



ter Pappenheim (FOTO), dass für ihn „...die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ... und die Errichtung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ...“, wie es im Schwur von Buchenwald heißt, Kom-

pass in seinem Leben war und dass es notwendig sei, in diesem Sinne weiter zu handeln.

Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V.



## Würdevolles Gedenken auf dem Guernica-Platz

Am 26. April jährt sich die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch die „Legion Condor“ der deutschen Luftwaffe zum 80. Mal. Die Fraktionen der SPD, B'90/Grüne und DIE LINKE bitten das Bezirksamt in einem gemeinsamen Antrag, diesen Gedenktag angemessen zu begehen.

So soll der spanische Botschafter eingeladen und im Rathaus Zehlendorf empfangen werden. Anlieger des Guernica-Platzes wie das Hubertus-Krankenhaus, Gewerbetreibende und Kirchenkreise sollen in das Rahmenprogramm der Gedenkveranstaltung einbezogen werden.

In der Begründung weisen die Fraktionen daraufhin, dass seit den 1980er Jahren die Gemeinde Guernica im Rahmen der „Symbols for Peace“-Bewegung aktiv ist, um mit Gemeinden in aller Welt das friedliche Zusammenleben der Nationen zu fördern. Zehlendorf sollte sich zum 80. Jahrestag dieses dunklen Kapitels deutscher Geschichte an dieser Botschaft beteiligen. Beim Luftangriff auf Guernica (baskisch Gernika) am 26. April 1937 durch deutsche Kampfflugzeuge wurden 80 Prozent der Stadt zerstört, mehrere Hundert Zivilisten kamen ums Leben.

Die „Legion Condor“ war für den Hauptteil des Bombardements verantwortlich, die italienische „Corpo Truppe Volontarie“ war beteiligt. Pablo Picasso entwarf sein weltberühmtes Monumentalgemälde „Guernica“ kurz nach Bekanntwerden der Bombardierung.

Nach der Rückkehr der Legion Condor 1939 wurde die Wannseestraße in Spanische Allee umbenannt. Seit 1998 trägt ein Platz an der Ecke Spanische Allee und Breisgauer Straße in Nikolassee den Namen der baskischen Stadt Guernica. Eine Gedenktafel erinnert an die Bombardierung.

red/bm



## Noosha Aubel – neue Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport

Oberbürgermeister Jann Jakobs und die Fraktionsvorsitzenden in der Stadtverordnetenversammlung hatten entschieden, dass sich Frau Noosha Aubel als einzige Bewerberin in den Fraktionen für die Funktion der Beigeordneten des Geschäftsbereichs Bildung, Kultur und Sport vorstellt. Ziel war es, am 1. März in der Stadtverordnetenversammlung über die Besetzung der Beigeordnetenposition zu entscheiden.

Noosha Aubel hatte sich zuvor gegen zwei ältere, aber auch erfahrene Konkurrentinnen durchgesetzt. Die parteilose 41-jährige Noosha Aubel ist seit dem Jahr 2008 Amtsleiterin für Jugend, Schule und Sport in der 55 000-Einwohner-Stadt Hilden bei Düsseldorf. Geboren wurde die Halb-Inderin in Hannover. Für Aubel ist die Position als Beigeordnete auch ein Sprung auf der Karriereleiter. Ihre Karriere im öffentlichen Dienst begann sie 2004 als Jugendhilfepflegerin in Viersen im Rheinland, später wurde sie dort auch 2006 Sachgebietsleiterin.

Noosha Aubel besitzt Studienabschlüsse als Master of Organizational



Management (Bochum 2010) und als Diplom-Pädagogin (Köln 2002).

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam hat am 1. März 2017 Frau Noosha Aubel zur neuen Beigeordneten für Bildung, Kultur und Sport der Landeshauptstadt Potsdam gewählt. Sie erhielt im ersten Wahlgang 39 Ja-Stimmen. In ihrem künftigen Geschäftsbereich in Potsdam arbeiten mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aubel ist für die Zeit von acht Jahren als Beigeordnete gewählt.

## Bürgerhaushalt:

# Neustart am 6. April 2017 im Rathaus

Die Potsdamer Stadtverordnetenversammlung hat im März über den Bürgerhaushalt und damit über die 20 wichtigsten Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger für das Haushaltsjahr 2017 entschieden. Demnach wurden acht Anregungen angenommen und als bereits in Umsetzung bestätigt. Fünf Ideen sollen nochmals geprüft werden. Sieben Hinweise fanden keine Mehrheit. Nach dem Haushaltsbeschluss für 2017 steht nun auch bereits das nächste Beteiligungsverfahren in den Startlöchern. Am 6. April findet ab 18 Uhr im Plenarsaal des Rathauses die zentrale Auftaktveranstaltung

des Bürgerhaushalts für die Jahre 2018 und 2019 statt. Dort wird dann auch Rechenschaft zu den Beschlüssen abgelegt und über die geplante Realisierung erläutert.

Das Beteiligungsverfahren steht unter dem Motto „Gemeinsam das Wachstum meistern“. Hauptaugenmerk liegt auf den Herausforderungen der wachsenden Stadt. Interessierte können Vorschläge zum Stadthaushalt mit seiner gesamten Themenvielfalt einbringen. Vom 6. April bis 2. Juni 2017 stehen dann der Postweg, die Telefonnummer 0331-2891120 sowie und mehrere Infostände in den Stadtteilen für die Einbringung von kreativen Ideen zur Verfügung. Daneben können sich Interessierte auch unter [www.potsdam.de/buergerhaushalt](http://www.potsdam.de/buergerhaushalt) informieren und dort eigene Ideen und Vorschläge einreichen.

Ziel des Bürgerhaushalts ist es, anhand mehrerer Abstimmungsrunden bis zum Ende des Jahres eine Auswahl der 20 wich-

tigsten Bürgerempfehlungen zu ermitteln. Diese sollen im November 2017 der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung übergeben werden und können nach einem entsprechenden Beschluss Eingang in Potsdams Haushalt finden.

An der Auftaktveranstaltung nehmen Bürgermeister Burkhard Exner (SPD) sowie die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Birgit Müller (DIE LINKE) teil. Sie informieren über die Entscheidungen zu den Bürgerideen des Vorjahres, die aktuelle Haushaltssituation und den Ablauf des diesjährigen Verfahrens. Bürgermeister Burkhard Exner betont: „Wenn viele Potsdamerinnen und Potsdamer sich aktiv einbringen, machen sie den Bürgerhaushalt zu dem, was er sein soll – ein Beitrag für die gemeinsame Gestaltung unserer Stadt.“

Auftaktveranstaltung Bürgerhaushalt 2018/19 Donnerstag, 6. April 2017 - Beginn: 18 Uhr Rathaus Potsdam im Plenarsaal Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

LHP/red.



## Kein Adenauer-Platz in Potsdam

Am 19. April dieses Jahres soll aus Anlass des 50. Todestages Konrad Adenauers ein Platz in Babelsberg zu Ehren des Altkanzlers nach ihm benannt werden.

Spontan fragte ich mich, was verbindet ihn und seine Leistungen mit der Stadt Potsdam. Die vermeintliche Begründung wird im Antrag der CDU-Fraktion geliefert. Er hat im Jahre 1934 eine Villa in der heutigen Rosa-Luxemburg-Straße bewohnt, um sich seine Pensionsbezüge zu erstreiten, die ihm Nazideutschland verwehrt hatte. Dies hatte Erfolg, was von den Antragstellern, als Sieg des Rechtsstaats gefeiert wird. Aber in einer Stadt für ein paar Jahre zu wohnen, ist keine Leistung per se, die eine Ehrung rechtfertigen würde. Vorrangig geht es natürlich um seine Leistungen als erster Kanzler der Bundesrepublik.

Doch gibt es einige Punkte, die diese Leistungen relativieren, insbesondere, wenn es um die Ehrung seiner Person in einer ostdeutschen Großstadt geht. Schließlich hat der „größte Deutsche“, zu dem er im ZDF 2003 gekürt wurde, am größten Ereignis der deutschen Nachkriegsgeschichte, nämlich der Wiedervereinigung keinen Anteil. Im Gegenteil: seine Ostpolitik hat diese sogar aktiv behindert. Personen, die damals anderer Auffassung waren, wie der ehemalige Reichskanzler Joseph Wirth oder das CDU-Mitglied Prof. Walter Hagemann, die sich um eine Verständigung mit der Sowjetunion und der DDR bemühten, wurden mit Entlassung, Parteiausschluss und Streichung der Pensionszahlungen bestraft. Letztgenannter floh 1961 in die DDR, lebte in



Das Haus in der Babelsberger Rosa-Luxemburg-Straße, in dem Adenauer wohnte.

Potsdam und liegt nun unweit des künftigen Adenauer-Platzes in Babelsberg begraben.

Es gibt weitere Aspekte der Person Adenauer, die eine Ehrung mit schalem Beigeschmack versehen. So forderte er als Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft Ende der 20er Jahre eine Revision des Versailler Vertrags und die Rückgewinnung von Kolonien, da das deutsche Volk „mehr Raum brauche“.

Er lebte in Potsdam in der Villa der jüdischen Kaufmannsfamilie Wiener, die bereits das Land gen England verlassen hatte. Zahlte Adenauer ihnen Miete? Die Umstände seines Aufenthalts müssen vor einer möglichen Ehrung geklärt werden.

Adenauer förderte Nazis in seinen Kabinetten und duldete den Aufbau einer geheimen Armee noch vor der Wiederbewaffnung, die sich auch aus früheren SS-Angehörigen rekrutierte. Über diese sprach er die unfassbaren Worte: „Ich weiß schon längst, dass die Soldaten der Waffen-SS anständige Leute waren. Aber solange wir

nicht die Souveränität besitzen, geben die Sieger in dieser Frage allein den Ausschlag, so dass wir keine Handhabe besitzen, eine Rehabilitation zu verlangen. Machen Sie einmal dem Ausland ... deutlich, dass die Waffen-SS keine Juden erschossen hat, sondern als hervorragende Soldaten von den Sowjets gefürchtet war!“ (Höhne,

Heinz: Die Geschichte der SS. Der Orden unter dem Totenkopf. in: DER SPIEGEL, 06.03.1967, S. 56 ff.)

Abgesehen von seinen Leistungen bezüglich der Aussöhnung mit Frankreich und der Westintegration, die für eine Großstadt in der früheren DDR ohne Bedeutung waren, gibt es somit keine Gründe, die seine Ehrung in Potsdam rechtfertigen. Das Mindeste ist, die Umstände seines Aufenthalts in Potsdam genau zu klären, bevor es zu einer Platzbenennung kommt.

Am 8. Mai 2013 lehnte die Stadtverordnetenversammlung eine Straßenbenennung nach dem Potsdamer Antifaschisten und Widerstandskämpfer Otto Wiesner ab. Begründet wurde diese Ablehnung mit Brüchen in der Biographie Wiesners. Damit liegen in Potsdam die Maßstäbe für Straßenbenennungen sehr hoch. Ich finde Adenauer wird diesen Maßstäben nicht gerecht.

Eine detailliertere Argumentation ist zu finden auf [www.dielinke-potsdam.de](http://www.dielinke-potsdam.de)

Christian Wienert

## Erstes Neu-Mitgliedertreffen für 2017

In den letzten beiden Jahren konnte DIE LINKE zahlreiche neue Mitglieder auch in Potsdam begrüßen. Deshalb hatte der Kreisverband Potsdam am 15.02.2017 von 18.00 – 20.00 Uhr zum 1. Neumitgliedertreffen in die neue Geschäftsstelle in der Zeppelinstraße 7 eingeladen. Die Idee dazu war im Kreisvorstand geboren. Und den „Hut“ auf hatte die Sozialpädagogin und Vorstandsmitglied Annett Bauer.

Herzlich willkommen waren alle, die den Kreisverband besser kennen lernen und mit Genossinnen und Genossen, die schon länger Mitglied der LINKEN sind, in gemütlicher Atmosphäre ins Gespräch kommen wollten. Aktive und gut vernetzte Mitglieder des Kreisverbandes berichteten über aktuelle Themenschwerpunkte der Partei, Organisationsstrukturen unseres Kreisverbandes und seine vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten. Neben dem Bundestagsabgeordneten Norbert Müller und der Landtagsabgeordneten Anita Tack waren als Gesprächspartner bereit die beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden Stefan Wollenberg und Tina Lange sowie Kati Bie-



secke. Interessiert folgten die sieben Neumitglieder z. B. den Berichten von Norbert Müller und Anita Tack aus und über ihre Abgeordnetentätigkeit. Stefan Wollenberg und Kati Biesecke konnten aus der Stadtfraktion der LINKEN Einiges beisteuern. Gerade was die konkreten Probleme in unserer Landeshauptstadt angeht.

Und es wurden erste Ideen dafür ent-

wickelt, wie man/frau den Kreisverband lebendig halten und gemeinsam Mehrheiten für linke Politik begeistern können. Alle Neuen waren sich einig: Sie wollen aktiv mitmachen in der LINKEN. Und der Bedarf an Informationen und am Meinungsaustausch wurde betont. Auch deshalb sollen die Neumitgliedertreffen ab sofort regelmäßig in der Geschäftsstelle stattfinden.

## Steinmeier braucht Mut – zu Solidarität und Menschlichkeit!

Als Wahlfrau dabei auf der 16. Bundesversammlung/Nachbetrachtung von Gesine Dannenberg

„Lasst uns mutig sein“, sagt der neue Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Bei seiner Vorstellung in Potsdam, noch vor seiner Wahl, herrschte bei der SPD der allgemeine Konsens, dass er ein erfahrener Politiker sei, auf den man vertrauen könne. Aber der so populäre und auch von der CDU gewollte Kandidat fand wenig Anstoß an der extrem ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland. Auf meine Frage, was er denn zu den Forderungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) sage, all dem durch Steuerreformen zur Umverteilung entgegenzuwirken, erwiderte er: Die internationale Forschung würde bestätigen, dass es Deutschland vergleichsweise gut gehe und dass die Agenda 2010 notwendig gewesen sei. Wie im Gespräch mit dem Wissenschaftler und LINKE-Kandidaten für das Bundespräsidentenamt Christoph Butterwege zwei Wochen später herauskam, folgt Steinmeier in seiner Einschätzung offenbar ganz dem arbeitgebernahen Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Jenes zieht vollkommen andere Schlussfolgerungen als das DIW.

Wir können als LINKE stolz sein, dass Herr Butterwege die Frage, wem in Deutschland eigentlich wie viel und warum gehört, mit seiner Kandidatur deutlich thematisiert hat. Wichtig ist außerdem Butterweges Warnung vor einer Repräsentationskrise, auf die auch die Bertelsmann-Stiftung im September 2016 hinwies: Wer



Die älteste Wahlfrau, Anni Seidl (Berlin), und die jüngste, Gesine Dannenberg, mit Bodo Ramelow, Dr. Christoph Butterwege und Dr. Dietmar Bartsch.

Foto: F. Schwarz

wenig Geld hat, geht nicht mehr wählen – für uns als LINKE ein deutliches Warnsignal! Umso trauriger, dass die politischen Inhalte Steinmeiers dann auch in seiner Antrittsrede vage blieben: Er wolle ergründen, was eigentlich der „Kitt“ sei, der unsere Gesellschaft zusammenhalte. Da hat DIE LINKE bereits eine klare Haltung: der Kitt heißt Solidarität – hier, in Europa und international; und er heißt auch: soziale Gerechtigkeit! Steinmeier enttäuscht an dieser Stelle.

Seine Rede enthielt zwar die grundsätzliche außenpolitische Differenziertheit, die die internationalen Herausforderungen erfordern. Seine diplomatischen Töne in Bezug auf Russland lassen hoffen, dass dieser

Bundespräsident helfen kann, einen neuen Kalten Krieg zu verhindern. Und doch: Was ist das für ein Bundespräsident, der Abschiebungen nach Afghanistan für legitim hält? Und wie mutig wird er ansonsten sein, Notwendiges zu thematisieren, wie beispielsweise die unsäglichen Waffenexporte aus der Bundesrepublik? Wie viel Mut von dem, den er uns an jenem Wahlsonntag zusprach, wird er selbst haben, um Position zu beziehen?

Wir können daher vorerst nur kritisch bleiben, weil wir wissen: Die Alternative für diese Gesellschaft kommt von links! SozialdemokratInnen und Grüne sollten dazu auch endlich den Mut haben. Ob nun mit Steinmeier oder ohne ihn.

## Keine Aushöhlung des Asylrechts mit der LINKEN!

Mit der LINKEN gibt es keine weitere Aushöhlung des Asylrechts, Verschärfung des Leistungsrechts und Verletzung von humanitären und rechtsstaatlichen Grundsätzen bei der Aufenthaltsbeendigung. Die von der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossene Verschärfung des Asylrechts tragen die Bundesländer, in denen DIE LINKE an der Regierung beteiligt ist, nicht mit. In einer Protokoll-Erklärung machen DIE LINKE Brandenburg, Thüringen und Berlin das deutlich. Nachzulesen auch der Brandenburger Landtagsabgeordnete Andrea Johlige: „Die Länder mit Regierungsbeteiligung der LINKEN haben in einer Protokollerklärung ... klar gemacht, dass der Beschluss der Ministerpräsidenten keine Vorwegnahme notwendiger Entscheidungen im Bundesrat ist und sein kann. Als LINKE werden wir im Bundesrat nur Anträgen unsere Zustimmung geben, die das rechtsstaatliche und sorgfältige Verfahren der Entscheidung zur Aufenthaltsbeendigung nicht verletzen und humanitäre Gründe oder Verschlechterungen der Sicherheitslage im jeweiligen Herkunftsland, die einer Abschiebung entgegenstehen, effektiv berücksichtigen.“

Mit der LINKEN gibt es keine weitere Aushöhlung des Asylrechts, Verschärfung des Leistungsrechts und Verletzung von humanitären und rechtsstaatlichen Grundsätzen bei der Aufenthaltsbeendigung.

Gleichzeitig wissen wir, dass auch in Deutschland eine erhöhte Sicherheitslage besteht, denen in geeigneter Form und insbesondere durch eine bessere Abstimmung von Bund und Ländern Rechnung zu tragen ist. Eine Änderung der bestehenden Regelungen zur räumlichen Beschränkung des Aufenthalts für Geduldete im Aufenthaltsgesetz ist aus Sicht der LINKEN jedoch weder notwendig noch im Hinblick auf eine bessere Durchsetzung der Ausreisepflicht verhältnismäßig. Die geplante Abschaffung der einmonatigen Widerrufsfrist nach über einjähriger Duldung ist mit dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht vereinbar.“

## Vorschau zum Himmelfahrtstag

Wenn auch der 25. Mai noch in weiter Ferne liegt, soll es schon jetzt einen Notiz zum „Linken“ – Ausflug geben. Die schon seit einigen Jahren bevorzugte Wanderung per Bus wird 2017 gemäß alter Tradition wieder einmal ohne Bus zu erleben sein. Die erheblichen Beförderungskosten – so unsere Überlegung – wollen wir in diesem Wahljahr als indirekte Spende in der Parteikasse belassen.



Das geplante Programm sieht einen wanderähnlichen Spaziergang von ca. 2 km zum Falkenhof auf dem Ravensberg vor. Der Start sollte erst um 11 Uhr sein. Wer lange nicht mehr diese Natur-Erlebnisstation besucht hat, wird angenehm überrascht werden. Wir werden dort

eine gute Pause für das Mittagessen haben und ab 14.30 Uhr die sehenswerte Falkenvorführung von Frau Simm-Schönholz und ihren Helferinnen erleben. Für den Heimweg, der bergab natürlich auch 2 km hat, sind 3 Varianten möglich: zu Fuß wie gehabt, abgeholt werden von fahrbereiten Freunden oder Nutzung eines vom Falkenhof angebotenen Shuttles.

Bei allen Zweifeln bitte auch bedenken: Es geht durch den maigrünen Wald in frischer Luft und in guter Gesellschaft.

Eine präzisierte Information wird in der „PaS“ vom April erscheinen, dann auch mit der Bitte um Anmeldung bei Hella und Rudolf Drohla.

## Traditioneller Frauentagsempfang der LINKEN im Landtag

Dass DIE LINKE.Fraktion im Landtag Brandenburg am Vorabend des Internationalen Frauentages zu einem Empfang einlädt, ist seit Jahren gute Tradition. Ebenso, dass politische und gesellschaftliche Themen bei diesem Empfang vermittelt werden durch Kunst und Kultur.

Dieses Mal ist es ein lyrischer Liederabend, mit dem wir den Frauentag feiern wollen – mit Betonung auf »lyrisch«, denn es sind Texte der großen, märkischen Dichterin Eva Strittmatter, die der Liedermacher und Folkmusiker Jörg »Ko« Kokott vertont hat und vorträgt, sich selbst be-

gleitend an einem seiner Saiteninstrumente.

Ihren Weg zur Lyrikerin mit Millionenaufgabe hat Eva Strittmatter einmal als einen »Akt der Selbstbefreiung« bezeichnet. Auch insofern passen ihre Gedichte wunderbar zu unserem Frauentags-Empfang, zu dem wir Sie hiermit herzlich einladen möchten.

Auch für das leibliche Wohl der Gäste ist selbstverständlich gesorgt am Dienstag, 7. März 2017, 17.30 Uhr, im Landtag.

## „Umlaufbahnen“ im Rechenzentrum

Am 3. März wurde eine neue Ausstellung im Kunst- und Kreativhaus Rechenzentrum Potsdam eröffnet. „Umlaufbahnen“ – in dieser Ausstellung belegen 21 Künstlerinnen und Künstler des Hauses: Das Kunst- und Kreativhaus Rechenzentrum lebt und wächst. Gezeigt wird aus der breiten Palette des Hauses: Malerei, Fotografie, Literatur, Skulpturen, Kalligrafie, Film, Papierkunst.

Auf Ihren Besuch freuen sich: Wolfram Adolphi, Beatrix Behrens, Elisabeth Dishur, Adalbert Fahrenhorst, Jeannette Jacob, Gordon Karau, Helga Kirfel, Iris Klauck, Klaus-Peter Leopoldt, Michael Lüder, Patrizia Pietz, Dominique Raack, Katja Röfke, Joachim Scheel, Katrin Seifert, Lisa Steinbrück, Sophia Josuttis, Susanne Tank, Elena Ternovaja, Menno Veldhuis, Simone Westphal.

Die Ausstellung läuft bis zum 17. April 2017. Öffnungszeiten: mittwochs, samstags, sonntags von 15 – 18 Uhr

			2		9			
8							7	2
5				3			9	8
		3	1					
9	7						2	8
					5	3		
	6	2		1				9
7	9							4
			5		2			

## SUDOKU

### Auflösung Februar

1	2	4	3	9	7	6	8	5
6	7	3	2	5	8	4	9	1
9	8	5	1	6	4	7	2	3
2	4	1	7	8	3	5	6	9
5	3	6	4	2	9	8	1	7
7	9	8	5	1	6	3	4	2
3	6	2	9	4	5	1	7	8
4	1	7	8	3	2	9	5	6
8	5	9	6	7	1	2	3	4

## Brandenburgische Frauenwoche

Die 27. Brandenburgische Frauenwoche findet in diesem Jahr vom 2. bis 12. März unter dem landesweiten Motto „Frauen MACHT faire Chancen“ statt. Im Vordergrund steht dabei die politische Teilhabe von Frauen und Mädchen im Land Brandenburg.

Höhepunkt der Frauenwoche ist der Internationale Frauentag am Mittwoch, dem 8. März. Das Frauenzentrum Potsdam veranstaltet an diesem Tag ab 16 Uhr eine Frauentags-After-Work-Lounge mit Ausstellungseröffnung und einem Vortrag über „Parität in den Gesetzen“. Ab 19 Uhr startet der gemütliche Teil des Abends im fabrikCafe der Schiffbauergasse mit einem Konzert der Potsdamer Band „Morla“ und anschließendem Frauentanz mit „The Crazy hearts“. Die Veranstaltung ist kostenfrei. Mehr unter [www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit](http://www.potsdam.de/kategorie/chancengleichheit)

## tipps & termine • tipps & termine •

**Dienstag, 07.03.2017, 18.00 Uhr:** Polens Rolle rückwärts — Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken. Buchvorstellung und Diskussion mit den Autoren Krzysztof Pilawski (Warschau) und Dr. Holger Politt (Warschau). Moderation: Dr. Detlef Nakath (Potsdam). Potsdam, Dortustr. 53, Landesgeschäftsstelle (Atrium)

**Freitag, 10.03.2017, 17.00 Uhr:** Eröffnung der Fotoausstellung „Zerstörtes Leben – verlorene Welt“ im Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3. Andrea Johlige begab sich im Oktober/November 2016 auf eine fotografische Spurensuche in der Sperrzone rund um den havarierten Reaktor von Tschernobyl. Ein Ergebnis dieser Reise ist diese aufwühlende Ausstellung. Musikalisch umrahmt wird die Veranstaltung von Andreas Büttner. Die Aus-

stellung ist während der Bürozeiten, Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr geöffnet.

**Sonabend, 11.03.2017, 17.00 Uhr:** Break Grenzen — Breakdance und Inklusion von Geflüchteten. Kurzfilme und Diskussion. Veranstaltung der RLS. Weitere Informationen zum Programm des Festivals unter [www.potsdam.de/event/hollywood-hip-hop-social-justicefilmfestival](http://www.potsdam.de/event/hollywood-hip-hop-social-justicefilmfestival) Ort: Filmmuseum Potsdam.

**Montag, 13.03.2017, 16.00 Uhr:** Ausstellungseröffnung „Lebensorte – Landschaften und Collagen“ im Landtag. Resümee und künstlerische Selbstbestimmung des Potsdamer Künstlers Harald Herzel.

**Mittwoch, 15.03.2017, 18.00 Uhr:** Weltpolitik Aktuell. Trump und die

neuen Turbulenzen in der Weltpolitik. Vortrag und Diskussion mit Dr. Erhard Crome, Moderation: Prof. Dr. Raimund Krämer. RLS Atrium

**Donnerstag, 16.03.2017, 17.30 Uhr:** Bilanz und Perspektive des Gesprächskreises Arbeitsrecht der Rosa-Luxemburg-Stiftung Referat von Dr. Steffen Hultsch und Vorstellung des Arbeitskreises freiLand, Fritz-Teppich-Bibliothek

**Donnerstag, 16.03.2017, 16.00 Uhr:** „DIE LINKE hilft! - Rechtsberatung“. Von 16.00 - 17.00 Uhr, findet in den Räumen der Potsdamer LINKEN in der Zeppelinstraße 7 die kostenfreie Erstberatung zu sozialen und rechtlichen Problemen für Bürgerinnen und Bürger statt. Rechtsanwalt Jörg Schindler wird Ihnen erste rechtliche Einschätzungen zu Ihrem Rechtsproblem ge-

ben und Fragen beantworten. Die Rechtsberatung findet jeden dritten Donnerstag, von 16.00 - 17.00 Uhr, statt.

**Dienstag, 21.03.2017, 18.00 Uhr:** Veranstaltung der Regionalgruppen Potsdam des RotFuchsförder Vereins und der GBM zum Thema: „Der Fall Erdogan - Wie uns Merkel an einen Autokraten verkauft“ mit Sevim Dagdelen, Sprecherin für internationale Beziehungen der Fraktion der LINKEN im Bundestag, Mitglied des auswärtigen Ausschusses. Ort: Lothar-Bisky-Haus

**Donnerstag, 23.03.2017, 18.00 Uhr:** Gebrauchswerte Medien. Die Macht der Bilder - ein Bild sagt mehr als 1000 Worte. Vortrag und Diskussion mit Wolfgang Rattay (Senior Photographer Reuters News Pictures (Berlin, Bad Honnef). RLS, Atrium

**Mittwoch, 29.03.2017, 18.00 Uhr:** Edel sei der Stahl, stolz der Mensch. Erinnerungen eines Kombinatdirektors und Ministers. Vortrag und Diskussion mit Hans-Joachim Lauck. RLS Atrium.

**Freitag, den 31.03.2017, 19.00 Uhr:** Kabarett Lampenfieber - HAARIGE ZEITEN. Das Leben ist ein Friseursalon. Ein an den Haaren herbei gezogenes Programm, das sich gewaschen hat. Bürgerhaus STERN ZEICHEN. Galileistr. 37-39, 14480 Potsdam. Reservierungen unter: 03316006762

**Sonabend, 08.04.2017, 14.00 Uhr:** Auftaktkundgebung zum 16. Potsdamer Ostermarsch „Für eine friedliche und tolerante Welt!“ am Brandenburger Tor.